

# Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassette: Dresden 33 327

Verleger: Bad Schandau Nr. 22 — Druckerschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Landeszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtisdorf, Schmiltla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hieke, Inh. Walter Hieke Verantwortlich: K. Kohnhapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gepaltene 35 mm breite Beizeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Richterlichen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 178

Bad Schandau, Dienstag, den 2. August 1927

71. Jahrgang

## Für eilige Leser.

\* Die Genfer Abrüstungsverhandlungen sind vorläufig nicht abgebrochen, sondern um einige Tage verschoben worden.  
\* Auf dem Bundestag ehemaliger Kriegsgefangener in Bremen wurde behauptet, daß noch immer deutsche Kriegsgefangene in Cayenne wären.  
\* Prinz Carol von Rumänien, der als ältester Sohn König Ferdinands seinerzeit auf die Nachfolge verzichtete, meldet in einer Erklärung jetzt seine Thronansprüche wieder an.

## Gefährliche Irrtümer.

Von Regierungsrat a. D. Mertens-Würzburg.

Der Exekutor des Dawesplans, alias Reparationsagent, Herr Parker Gilbert, hat im Juni d. J. in seinem fogen. Zwischenbericht über die seit dem 1. Dezember 1926 verstrichene Zeit eine sehr abfällige Kritik an der Finanzgebarung des Reiches geübt. Indem er einerseits seiner Ueberzeugung von der Vortrefflichkeit und Ausführbarkeit des Dawesplanes auch für die kommenden Zeiten Ausdruck gibt, läßt er auf der andern Seite die Befürchtung durchblicken, daß ein Zeitpunkt eintreten könnte, in dem Deutschland durch mangelhafte Verwaltung — trotz Herrn Gilberts wohlmeinenden Vorstellungen — das reibungslose Funktionieren der Reparationszahlungen und -lieferungen zu vereiteln imstande wäre. Die aus solcher Einstellung des „ungekrönten Beherrschers des Deutschen Reiches“ sich ergebenden Gefahren sind so groß, daß es Pflicht der Allgemeinheit ist, sich rechtzeitig hiergegen zu wenden.

Dies etwa ist der Gedankengang des Reparationsagenten: die trotz der Steuerherabsetzungen im Haushalt eingetretene Einnahmefestsetzungen beweisen eine Erhöhung der Produktion wie des Verbrauchs. Der große Umfang der Einfuhr ohne eine entsprechende Ausfuhr läßt sogar auf eine gewisse Ueberentwicklung Deutschlands im Innern schließen. Jedenfalls hat sich der Lebensstandard erheblich gebessert. Die Ausgaben des Reiches sind jedoch zu hoch. Es könnte sie — und damit auch die öffentlichen Abgaben — senken, wenn es seine Verwaltung vorbilligte. Vor allem aber sind in dem kürzlich verabschiedeten vorläufigen Finanzausgleich den Ländern und Gemeinden aus den Reichsteuern übermäßig hohe Beträge überwiehen worden, wodurch die finanzielle Leistungsfähigkeit des als Hauptreparations-schuldner haftenden Reiches gefährdet erscheint.

Hierzu muß mit aller Klarheit gesagt werden, daß diese Anschauungen teils auf einer Verkennung der wahren wirtschaftlichen Lage beruhen und zum andern Teil sich auf falschen Voraussetzungen aufbauen. Leider läßt es sich nicht verschweigen, daß die deutsche Öffentlichkeit an diesen Irrtümern des Reparationsagenten nicht ganz unschuldig ist, denn bis vor kurzem schwebten selbst ernst zu nehmende Kreise im rosigsten Optimismus. Der „schwarze Freitag“ der Börse brachte dann am 13. Mai die erste Ernüchterung. Die deutsche Wirtschaft ist nämlich in allen ihren Zweigen — Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft — verglichen mit den ausländischen Konkurrenten hinsichtlich der Löhne, der Arbeitszeit und der sozialen Leistungen, in einer Weise belastet, daß sie nur eine sehr bescheidene Rente erzielt. Es sollte auch Herrn Gilbert bekannt sein, daß keines der Wettbewerbsländer unserer sozialpolitischen Gesetzgebung auch nur annähernd gefolgt ist. Gerade der Dawesplan aber ist es, der Deutschland immer mehr den Charakter des Wohlstandsstaates aufzwingt, da die vom Versailler Diktat geschaffenen Verhältnisse der Allgemeinheit die Pflicht auferlegen, dauernd helfend einzugreifen, um den einzelnen Teilen unseres auf viel zu engem Raum zusammengedrängten, von unerhörten Tributleistungen bedrückten Volkes überhaupt das Leben zu ermöglichen. Was aber die Steuern angeht, so sind sie in Wirklichkeit nicht gesenkt, sondern erhöht worden. Jene Herabsetzung der Umsatzsteuer nämlich von 1 v. H. auf 1/2 v. H., die hier offenbar gemeint ist (die ebenfalls fortgefallene, kaum 80 Millionen ausmachende Luxussteuer kann wohl außer Betracht bleiben), hat sich in einer ganz beträchtlichen Steigerung der Gewerbesteuern ausgewirkt.

Und nun die Verwaltungsvereinfachung. Es ist zuzugeben, daß gegenüber dem vorläufigen Zustand unsere Verwaltung erheblich ausgedehnter und verwickelter geworden ist. Das brachten die Staatsumwälzungen und die vielen, dem Staate neu zu fallenden Aufgaben (Kriegsschuldenausgleich, die schon erwähnte soziale Fürsorge, die erzwungene Abrüstung usw.) mit sich. Seit langem bemühen sich unsere besten Sachverständigen um Vereinfachungsmaßnahmen. Aber erstens sind diese bei den eigentümlichen, dem Auslande schwer verständlichen Zuständigkeitsverhältnissen zwischen Reich und Ländern nicht so leicht durchführbar, wie es sich der Außenstehende denkt, und dann werden sie kaum merklich in Erscheinung treten, sicherlich nicht in so kurzer Zeit, wie der Reparationsagent glaubt. Der finanzielle Mißerfolg der Personal-Abbauverordnung vom Oktober 1923 ist hierfür der beste Beweis.

Nun aber das Wichtigste, die Vorwürfe gegen die Gebarung des Reiches beim vorläufigen Finanzausgleich. Auch hier kann der deutschen Öffentlichkeit, diesmal sogar den verantwortlichen Behörden, der Vorwurf nicht erparat werden, daß sie durch übertriebene Herausarbeitung der Interessen der Länder gegenüber denen des Reiches im Auslande die Auffassung genährt haben, als ob es sich um zwei von einander verschiedene Machtgebilde handele, die sich, wenn nicht feindlich, so doch weisensfremd gegenüber ständen. Auch bei uns gab — und gibt es — Pressestimmen, aus denen die Meinung hervorklang, als hätten die Länder mit den Reparationsverpflichtungen nichts, das Reich aber alles zu tun. Dabei sind es im Grunde weder Reich noch Länder, sondern die deutschen Bürger, die in ihrer Gesamtheit diese Lasten tragen. Wie sie auf die Bürger überbürdet werden, ob durch Reichs- oder Landesabgaben, ist lediglich eine Frage der Steuertechnik. Diesen Zustand hat der

Reichsfinanzminister Köhler klar dadurch gekennzeichnet, daß er die Erhöhung der Reichssteuerüberweisungen eine indirekte Steuererhöhung nannte. Jeder, der sich nur ein wenig in diese Dinge vertieft, wird sofort erkennen, daß es für das Reich unmöglich ist, seine Fähigkeit, Darlehenszahlungen zu leisten, durch finanzielle Begünstigung der Länder herabzusetzen. Das Gefährliche aber eines solchen Irrtums bei unsern Gläubigern liegt auf der Hand. Sie werden sagen: der Sachverständigenrat war, ist und bleibt erfüllbar. Sollte Deutsch-

land in Zukunft behaupten, daß die Lasten unerträglich wurden, so liegt dies nur daran, daß es seine Finanzen nicht in Ordnung bringt, obwohl es dies könnte, wenn es die ihm gegebenen Ratschläge befolgte. — Es ist die höchste Zeit, daß nicht nur Regierung und Volksvertretung, sondern das ganze deutsche Volk seine Stimme dagegen erhebt, daß derartig verhängnisvolle Auffassungen sich im Auslande festsetzen. Nur, wenn schnell gehandelt wird, ist in diesem ungleichen Kampfe auf Erfolge zu rechnen.

## Kampf um den rumänischen Thron

### Prinz Carol will die Königskrone.

Widerruf der Verzichtleistung.

Es war jedem unterrichteten Politiker seit Jahren klar, daß bei einem Thronwechsel in Rumänien schwere Konflikte sich entwickeln würden. Wenn auch während der Krankheitstage des verstorbenen Königs Ferdinand beschwichtigende Nachrichten in Massen ins Ausland gingen, wenn kurz vor dem Tode Ferdinands der energische Brattianu die Zügel der Regierung in seine selbst nicht vor brutalen Zugriffen zurückschreckenden Hände nahm und nach der Katastrophe im Nu Ferdinands fünfjähriger Enkel zum Herrscher ausgerufen wurde, so waren das doch nur Tatsachen, die mehr für die unsichere Lage sprachen als für eine Befestigung der Verhältnisse. Schneller als man vermutete meldet sich jetzt der seinerzeit ziemlich gewaltsam zum Verzicht auf die Nachfolge gezwungene älteste Sohn des verstorbenen Königs, Prinz Carol, und erhebt Anspruch auf die Krone.

(Siehe gestrige Nummer.)

Scharfe, ja außerordentliche Maßnahmen der Regierung Brattianu haben seit Ferdinands Hinscheiden die Ruhe in Rumänien aufrechterhalten, ob es fürderhin so bleiben wird, ist nach der aufsehenerregenden Erklärung des Prinzen Carol sehr zweifelhaft geworden. Die Pariser Zeitungen, die natürlich als erste in der Lage waren, Stellung zu nehmen, äußern sich im allgemeinen noch etwas zurückhaltend zu der Sache. Man hält Brattianu für französischfreundlicher als seinen Vorgänger Averescu, der nach Fakten gesehen haben soll. Deshalb findet die französische Rechtspresse ziemlich die Worte der Abwehr gegen den Prinzen. So schreibt das „Journal“:

„Die Erklärung beweist, daß Prinz Carol die feierliche Beschwörung des sterbenden Königs Ferdinand nicht gehört hat, obwohl dieser an den heiligen Charakter des Thronverzichtes formell erinnert hatte.“ „Echo de Paris“ erklärt: „Prinz Carol hat kein Recht, auch nur einen Anspruch in irgendeiner Form geltend zu machen. Wir müssen wünschen, daß Brattianu siegt und daß er und seine Ratgeber bis 1940, dem Jahre der Volljährigkeit des Königs Michael, die Stabilität des Staates gewährleisten.“ Die liberalen Blätter, die Brattianu als einen Rückschrittler bezeichnen, lassen erkennen, daß sie dem Prinzen Carol Erfolg wünschen.

### Volksabstimmung in Rumänien?

Aus Bukarest wird gemeldet, in einflussreichen politischen Kreisen lege man sich die Frage vor, ob eine Rückberufung des Prinzen Carol nicht einer zwanzigjährigen Regentschaft vorzuziehen sei, um so mehr, als zahlreiche Beispiele der Geschichte bewiesen, wie schädlich solche Regentenschaften den Ländern gewesen sind. Wie es heißt, gehe man ernstlich mit dem Plane einer Volksabstimmung über die Rückkehr des Prinzen und seine Ausrufung zum König um.

Ob diese Angaben mehr als einen Wunsch der Brattianu feindlichen Kreise bedeuten, muß dahingestellt bleiben. Der Ministerpräsident wird sich und seine dem Prinzen Carol entschieden abgeneigte Politik jedenfalls nicht leicht an die Seite schieben lassen. Dem Vernehmen nach hat Carol seine Erklärung unter dem Einfluß von rumänischen Politikern abgegeben, die heimlich nach Paris gekommen sind, um ihn als ihren Präzendenten zu gewinnen.

## Kurze Vertagung der Seeabrüstungskonferenz.

Japan sucht zu vermitteln.

Die Vollziehung der Genfer Seeabrüstungskonferenz, die auf den 1. August festgesetzt war, ist auf zwei bis drei Tage verschoben worden, und zwar auf Wunsch der amerikanischen Delegation. Der amerikanische Schritt scheint auf einen Besuch des Führers der japanischen Delegation bei Gleson, dem Führer der Amerikaner, veranlaßt worden zu sein. Japan soll den Besuch gemacht haben, den Vermittler zwischen England und den Vereinigten Staaten zu spielen. Andererseits hat die amerikanische Delegation den Text einer Erklärung vorgelesen, die für den Fall, daß das Abkommen zum Abschluß gelangen sollte, veröffentlicht.

Nach dieser Klausel ist jede der vertragschließenden Mächte berechtigt, vor dem 31. Januar 1936 einen neuen Zusammentritt der Drei-Seeabkommens-Konferenz zu fordern, falls eine der vertragschließenden Parteien die in dem Abkommen festgesetzte Gesamttonnage für die Kreuzer in einer Art und Weise zum Bau von Kreuzern verwendet, die der anderen Macht eine Abänderung der in dem Abkommen festgesetzten Gesamttonnage als erforderlich erscheinen läßt. Jedoch gilt diese Bestimmung erst vom 31. Januar 1931 ab. Sollte auf der neuen Konferenz eine Einigung zwischen den drei Mächten nicht zustande kommen, so ist der einberufende Staat berechtigt, das Abkommen mit einjähriger Frist zu kündigen. In diesem Falle verliert das Abkommen auch gegenüber den beiden anderen vertragschließenden Staaten seine Gültigkeit. Dieser neue amerikanische Vorschlag steht gegenwärtig im Vordergrund der Verhandlungen.

### Lloyd George über die Genfer Seeabrüstungskonferenz.

London, 1. August. Auf der liberalen Sommerschule Cambridge hielt Lloyd George heute eine längere Rede, in der er sich mit der Entwicklung der liberalen Partei und verschiedenen Tagesproblemen befaßte. Für die liberale Partei laute heute die Frage, ob sie sofort ein definitives Programm aufstellen soll oder auf die unvermeidliche Reaktion einer unmöglichen Regierung warten solle. Man könnte vielleicht aus der allgemeinen Unzufriedenheit Kapital schlagen und aus Ruder

kommen, ohne sich auf ein bestimmtes Programm festzulegen, aber das sei weder klug noch ehrenwert. Die Liberalen hätten nicht die geringsten Aussichten, die nächste Wahl zu gewinnen, wenn sie nicht die Mehrheit der Bevölkerung davon überzeugen könnten, daß die Partei eine ehrliche und feste Politik verfolgen würde. Lloyd George wandte sich dann den politischen Tagesfragen zu. Er beschäftigte sich zunächst mit der Genfer Seeabrüstungskonferenz, wobei er erklärte, daß die größte Katastrophe für die Welt bedeuten würde, wenn der Beschluß der Genfer Konferenz zu einem Schiffsbauwettbewerb zwischen den beiden größten Nationen der Welt führen würde. Im Augenblick lasse sich noch kaum übersehen, was geschehen würde, wenn es nicht gelänge, sich mit den Vereinigten Staaten über ein Schiffsbauprogramm zu einigen. Er hoffe jedoch aufrichtig, daß es nicht zu einer Rivalität kommen würde, die zu einer Entfremdung der beiden größten Nationen führen würde. Von Amerika und England hänge der Frieden der Welt ab. Die Aufmerksamkeit verfolgte Politik halte er für vollkommen verfehlt. Man habe sich das ganze Problem niemals richtig überlegt.

### Der Abbruch der Seeabrüstungskonferenz kaum noch zu vermeiden

Genf, 1. August. Die Antwort des Präsidenten Coolidge auf die neuen englischen Abrüstungsvorschläge ist offiziell bisher den beiden anderen Delegationen der Seeabrüstungskonferenz noch nicht zur Kenntnis gebracht worden, jedoch verlautet, daß die Antwort den bisherigen ablehnenden Standpunkt der amerikanischen Delegation gegenüber dem englischen Abrüstungsprogramm in vollem Umfang billigt, ohne neue Vorschläge zu machen, die den Weg zu weiteren Verhandlungen eröffnen könnten. Unter diesen Umständen erscheint der Abbruch der Seeabrüstungskonferenz nunmehr kaum noch vermeidbar. Von japanischer Seite werden gegenwärtig Versuche unternommen, eine Uebergangsformel zu finden, die die Möglichkeit für weitere Verhandlungen in Zukunft eröffnet. Zwischen den drei Staaten soll eine Vereinbarung getroffen werden, nach der für einen bestimmten Zeitraum der Bau von neuen Kriegsschiffen eingestellt wird. Dieser Vorschlag, naval holiday genannt, hat jedoch bisher bei der englischen Delegation keine Unterstützung gefunden. Die englische Delegation weist darauf hin, daß ihr Ab-